



Große Kreisstadt Bretten - Gemeinderatsfraktion

*Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Otto Mansdörfer, Hohkreuzstr. 5, 75015 Bretten*



**Otto Mansdörfer (Vorsitz)**  
**Dr. Ute Kratzmeier**  
**Harald Müller**

Bretten, 21.02.2017

## **Haushaltsrede Bündnis 90 /Die Grünen 20.02.2017**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,  
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

bei der Beratung des heute vorgelegten Haushaltsentwurfs möchten wir Bezug nehmen auf die zentralen kommunalen Handlungsfelder, wie sie im Jahr 2010 vom Gemeinderat und der Verwaltung in etwa wie folgt formuliert wurden: die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Stabilisierung der städtischen Finanzen, die Stärken von Kernstadt und Ortsteilen, eine bedarfsgerechte Betreuung und Bildung und die Verkehrsführung.

Wenn wir uns heute in der Welt, im Land und vor Ort umschaun, so ist offensichtlich, dass solche Handlungsfelder immer wieder überprüft und fortgeschrieben werden müssen. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter und damit ändern sich die Anforderungen auch in den Kommunen. Aus heutiger Sicht zu ergänzen ist: Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Ich will noch weitere Beispiele nennen und auf diese etwas näher eingehen:

Erstens: Niemand konnte 2010 voraussehen, welche Bedeutung die Migration für die Kommunen heute hat. Der Städtetag bezeichnet die Migration als "die größte gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre".

In Bretten wurde in dieser Hinsicht schon einiges geleistet. Die Verwaltung und vor allem auch die Ehrenamtsarbeit sind vorbildlich. Allein auf Ehrenamt zu setzen, geht natürlich auch nicht. Deshalb haben wir als GRÜNE Fraktion auch den Antrag des Gesamtelternbeirats auf die Aufstockung der Schulsozialarbeit in Bretten unterstützt. Schulsozialarbeit leistet an den Schulen inzwischen einen unverzichtbaren Beitrag auch bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung. Vermutlich werden wir hier in den nächsten Jahren auch noch nachlegen müssen.

Zweitens: Nicht geringer sind die Aufgaben, die mit der Digitalisierung verbunden sind: Kaum ein Bereich des Lebens scheint inzwischen ohne den Zusatz 4.0 als Bezeichnung für die digitale Durchdringung auszukommen. Dieser Entwicklung müssen wir uns stellen.

Grundlage dafür ist die entsprechende Infrastruktur. Zuletzt hat man von der BBV Rhein-Neckar nur mehr Vertröstungen vernommen. Jetzt soll es im April tatsächlich losgehen mit dem Breitbandausbau. Sorgenkind bleibt ausgerechnet die Kernstadt. Vorhandene gut versorgte Inseln und ein höhe-

---

Otto Mansdörfer	Hohkreuzstr. 5	Bretten	Tel. 95 80 36	Otttohoh5@posteo.de
Dr. Ute Kratzmeier	Fürthstr. 7	Bretten	Tel. 562137	ute.kratzmeier@posteo.de
Harald Müller	Tannenberger Str. 11	Diedelsheim	Tel. 3844	Mueller-Bretten@gmx.de

rer Bevölkerungsanteil, der am Breitbandanschluss wenig Interesse hat, ließen hier das BBV-Modell scheitern. Hier muss ein Plan B her, ein Konzept, das es zumindest den Willigen erlaubt, sich gegen Geld ins Glasfasernetz einzukaufen.

Damit komme ich zu einem dritten Punkt aus 2010. "Die Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungs- und Bildungsangebots". Dies ist unseres Erachtens für heutige Anforderungen zu defensiv formuliert. Bei einer Tagung der kommunalen Spitzenverbände in der letzten Woche hieß es: „Die Kommunen müssen bei der Bildung vom Vollziehenden zum Mitgestalter werden, sonst kann Bildung nicht erfolgreich sein.“ Wir schließen uns dieser These voll und ganz an und verweisen auf das Modell der „kommunalen Bildungslandschaften“, die es in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern bereits in beachtlicher Zahl gibt.

Bereits 2015 wurde von einer Fraktion des Gemeinderats im Rahmen der Haushaltsberatungen angeregt, die Schullandschaft von Kernstadt und Ortsteilen zu diskutieren. Wir würden eine solche Initiative sehr begrüßen.

Viertens: Das Handlungsfeld „Verkehrsführung und -lenkung“ ist mehr denn je ein Thema, das den Bürger\*innen unter den Nägeln brennt. Allerdings sollte man auch hier den Bogen deutlich weiter spannen. Verkehrsvermeidung, nicht mehr ganz neue Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing und durchdachte Fußgänger- und Radwegekonzepte, ein attraktiver ÖPNV – wozu auch ein barrierefreier Bahnhof und ein benutzbares und attraktives Bahnhofsgebäude gehören, muss mit dem Individualverkehr zusammen gedacht und vernetzt werden. Es genügt nicht, die Südwestumgehung wie eine rosa Wolke über die Stadt zu hängen und von ihr die Erlösung von allem Übel zu erwarten. Wer allein auf weiträumige Ortsumfahrungen setzt, wird die Verkehrsprobleme in Bretten nicht lösen. Insbesondere bei der Süd- und bei der Südwestumfahrung gilt mehr denn je: Bedenke das Ende! Eine gut ausgebaute Verbindung der Umfahrungen Neulingen – Bretten – Bruchsal lädt geradezu zu Abkürzungen zwischen A8 und A5 ein. Mehr Verkehr, vor allem LKW-Verkehr, wäre die Folge. Für die Wohngebiete Rechberg, Steiner Pfad und St. Johann, aber auch für Rinklingen ergäben sich höhere Belastungen. Ein weiterer, sehr hoher Preis wäre die Zerstörung der wichtigen Naherholungsgebiete Rechberg und Sprantaler Tal mit den dortigen Landschaftsschutzgebieten.

Wir sind erfreut darüber, dass vor allem die Dringlichkeit der Stadtraumentwicklung und auch die Richtung, in die sie gehen soll, nicht mehr von den ganz großen Konfrontationen geprägt sind. Wir sind uns einig, die Weißhofer Straße zu einem attraktiven Stadtboulevard umzubauen und den Sporgassenparkplatz wieder in einen ansprechenden, benutzbaren Teil der Innenstadt zu verwandeln. Selbst über die einzelnen Bausteine einer Sporgassenkonzeption herrscht große Einigkeit. Das ist gut so! Machen wir in der Märzsession Nägel mit Köpfen!

Und wir werden – mit Ihnen zusammen liebe Kolleginnen und Kollegen – dafür eintreten, den Brettenener Bahnhof aufzuwerten, indem wir ihn erstens umgestalten und barrierefrei machen und zweitens dadurch näher an die Stadt holen, dass wir die gesamte Südflanke der Bahnhofstraße in den nächsten Jahren bebauen. Wir sind uns weiter einig, die Bachläufe in der Kernstadt aufzuwerten und zugänglich zu machen. Hier braucht es einen ersten Aufschlag. Turnplatz, Withumanlage wäre zum Einstieg wahrscheinlich besser als der Seedamm.

Bei der Innenentwicklung zeigt sich, wie stark die verschiedenen Aufgaben einer Kommune doch ineinandergreifen: Die Integration und das Ziel einer sozialen Stadt wird ganz wesentlich von einer guten Stadtplanung geprägt: Trotz der derzeitigen Entspannung der Flüchtlingszahlen bei uns im Lande müssen wir weiter mit Bevölkerungszuwachs im Süden Deutschlands, also auch in unseren Raum rechnen, weil Baden-Württemberg wirtschaftlich erfolgreich ist. Beim Ausweisen neuer

Wohngebiete und bei der Sanierung bestehender muss der soziale Wohnungsbau künftig als Daueraufgabe immer mitgedacht werden. Dabei muss Integration als Ziel wörtlich genommen werden: Wir dürfen nicht aus der Not heraus oder aus Gedankenlosigkeit künftige soziale Brennpunkte schaffen. Attraktive Wohngebiete zeichnen sich durch eine gute Mischung von Mietwohnungen und Eigentum aus, durch Grünflächen, durch die Gestaltung von Treffpunkten und öffentlichen Freiräumen, die ein nachbarschaftliches und lebendiges Zusammenleben ermöglichen.

Die Investorenprojekte, die auf Flächen der Kommunalbau GmbH praktisch an der Stadtplanung vorbei ins Werk gesetzt werden, entsprechen diesen Grundsätzen nicht. Wir sollten endlich mit diesem Sonderweg aufhören! Deshalb haben wir GRÜNE uns auch vehement gegen eine extreme Verdichtung beim Steinzeugpark ausgesprochen. Natürlich stehen wir für die Innenentwicklung als einem wichtigen Hebel für die Schaffung von Wohnraum. Aber es gilt eben, unterschiedliche Ziele auszutarieren: Bezahlbarer Wohnraum, ein attraktives Umfeld und ökologische Anforderungen können durchaus im Einklang stehen. Wir können uns hier auch als vergleichsweise kleine Kommune von Projekten in Freiburg und Tübingen durchaus etwas abschauen.

Bei der weiteren Entwicklung des Mellert-Fibron-Areals gilt der vorhin gesagte Satz über den Investorenbau genau so: Wer Investoren einfach machen lässt, kriegt eine Ansammlung solitärer Baukörper, aber keinen Städtebau. Deshalb ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass wir bei der weiteren Vermarktung unverrückbare städtebauliche Vorgaben machen.

Um die skizzierten alten und die neuen Aufgaben einer Stadt und eben auch eines Haushalts gut erfüllen zu können, braucht es zweierlei. Zum einen eine starke Zivilgesellschaft und zum anderen die soliden harten Fakten einer guten Haushaltsplanung.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass dies in Bretten schon recht gut funktioniert. Bürgerinitiativen, Vereine, viele Ehrenamtliche bringen sich ein. Hier ist neben der bereits erwähnten Flüchtlingsarbeit auch an das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) zu denken. Der Gemeinderat hat es nach einigen Wirrungen beschlossen, die Sofortmaßnahmen laufen an. Wir GRÜNE sind sehr dafür, es weiter zu entwickeln und zu verfeinern. Wir werden Ihnen deshalb vorschlagen, ein Radverkehrskonzept als weiteren ISEK-Baustein zu entwickeln.

Die Partizipation und die systematische Einbindung der Bürgerinnen und Bürgern weitet den Horizont und bringt Expertise und verschiedene Sichtweisen in die Debatten ein. Beteiligungsorientierung schmälert dabei keineswegs die Verantwortung der Gemeinderäte. Wir haben – selbstverständlich – die Aufgabe, nach Abwägung aller Argumente zu entscheiden. Jedoch: Eine moderne und lebendige Demokratie funktioniert heute nicht mehr ausschließlich nach dem Repräsentativitätsprinzip.

In diese Sichtweise ordnet sich auch die Forderung unserer Fraktion nach einer Bürgerumfrage ein. Natürlich gibt es für Bürgerinnen und Bürger vielfältige Optionen, sich zu Wort zu melden: Aber als Gemeinderäte sind wir auch denjenigen verpflichtet, die keine Leserbriefe schreiben, die uns nicht anrufen und nicht bei diversen Runden Tischen und Initiativen mitmachen. Auch diese Menschen haben etwas zu sagen. Eine Bürgerumfrage ist ein solides Instrument, um eine repräsentative, datengestützte Stadtpolitik zu betreiben. Außerdem schützen uns repräsentative Bürgerumfragen vor der Manipulation der öffentlichen Meinung durch kleine Interessengruppen. Wir machen uns stark dafür, dass Bretten ein solches Instrument entwickelt, das Knowhow dazu im Rathaus aufgebaut wird und Ergebnisse gewonnen werden, die Verwaltung und Gemeinderat gleichermaßen

zugute kommen. Gemeinderat und Verwaltung sind – so nehmen wir die Haushaltsberatungen wahr – interessiert, diesen Weg zu beschreiten.

Allerdings muss aus all dem auch etwas folgen. Gehört werden heißt sicher nicht immer „erhört werden“, aber eine intensivere Informationspolitik und ein guter Austausch mit dem Rathaus wären nach unserer Wahrnehmung sehr im Sinne vieler Bürgerinnen und Bürger.

Die oben erwähnte gute Haushaltsplanung als zweiten Baustein der kommunalen Entwicklung setzt den finanziellen Rahmen für konkrete Vorhaben. Wie zuvor von Herrn Pux dargestellt, ist der beträchtliche Rückgang des ordentlichen Ergebnisses auffällig, aber auch erklär- und vertretbar. Verstärkte Investitionen in die Ausstattung und Infrastruktur und vor allem in Personal sind in unserer wachsenden Stadt unabdingbar und wurden auch von unserer Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert und werden dies deshalb auch mittragen.

Mit einem soliden Gewerbesteueraufkommen und Steigerungen der Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer können wir die geplanten Vorhaben, so sie denn auch tatsächlich realisiert werden, gut finanzieren.

Alles in allem kann man bei der geplanten Netto-Kreditaufnahme von 1,5 Millionen gelassen bleiben. Von der Landespolitik haben wir ja inzwischen gelernt, dass dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen mit einem Abbau impliziter Schulden gleichzusetzen sind. Die Anforderung der Generationengerechtigkeit und somit einem Aspekt der Nachhaltigkeit ist deshalb auch bei diesem Haushalt deutlich erfüllt. Nicht zuletzt hat auch der konsequente Schuldenabbau der letzten Jahre die Grundlage dafür geschaffen, dass wir die anstehenden Investitionen tätigen können.

Mit den Ergebnissen, die wir mit unseren Haushaltsanträgen ausgelöst haben, sind wir zufrieden – Verwaltung und Gemeinderat haben Interesse an einer Bürgerumfrage signalisiert, der Fußweg zum Freizeitgebiet Eng ist in der Planung, bei der Weißhofer Straße ist das Bemühen der Verwaltung erkennbar, möglichst zeitnah zu agieren. Mit unserem Antrag auf fußgängerbezogene Wegweisung auch für die Stadtteile waren wir vielleicht etwas falsch – aber auch hier sind wir nur im zeitlichen Ablauf unterschiedlicher Meinung, das „ob“ wurde von niemand in Frage gestellt.

Wir danken der Verwaltung – allen voran Herrn Pux und seinem Team in der Kämmerei – für den gut vorbereiteten Haushaltsentwurf. Für die gute Beratungsatmosphäre in der Haushaltsklausur danken wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister Wolff und Herr Bürgermeister Nöltner, sowie allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat.

Die Fraktion B90 / Die Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf für die Stadt und dem EAB zu.